

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Volksheftkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Kontokonto: Gebr. Knobloch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Muskau und Dresden-Altkubitz

Zeitungsspreis einschließl. Fringerlohn monatlich 4000,- M., durch die Post bezogen monatlich 4000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250,- M., Einzelnummer 200,- M., Sonnabendnummer 250,- M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die ungespaltene Anzeigenzeile 400,- M., auswärts 500,- M., die gespaltene Anzeigenzeile 1600,- M., auswärts 1800,- M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Wajgabe Ermäßigung. Familienangehör. Stellen- u. Mietanfrage 40 Proz. Rabatt. Bild Vertriebspreis 150 M.

Nr. 69

Dresden, Donnerstag den 22. März 1923

34. Jahrg.

Die sächsische Lösung

Die jüngste sächsische Regierungskrise hat gestern ihr Ende gefunden: Genosse Dr. Zeigner wurde im Landtag mit allen sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Die beiden Rechtsparteien brühten ihre tosse Stimmung dadurch aus, daß sie nach der Wahl den Sitzungssaal verließen. Zeigner war der bisherige Justizminister im Kabinett und hat sich in seinem Ministerium durch schätzenswerte Energie ausgezeichnet; er verstand es, das sächsische Justizministerium binnen Jahresfrist republikanisch-sozialistisch umzustellen, soweit das für einen deutschen Einzelstaat überhaupt möglich ist. Wir wünschen ihm in seinem neuen Amte gute Erfolge und viel Glück, denn die bürgerlichen Parteien werden tun, was sie können, um bei wirklich durchgreifenden Reformen verfassungsmäßige Behenken und Proteste anzubringen. Mit solchen Einwänden haben sie ja schon gegenüber der Regierung Kud nicht gegeigt.

Ueber Kuds Rücktritt werden in der bürgerlichen Presse Kombinationen verbreitet, die falsch sind. Genosse Kud, der sich in seiner Ministerstätigkeit durch die Sachlichkeit und Geradschheit seiner Persönlichkei viel Sympathie erworbt, gehörte in unserer Partei zu denen, die nach den bisherigen Erfahrungen ein gebeitliches, dauerndes Zusammenarbeiten mit den Kommunisten für absehbare Zeit nicht für möglich hielten. Es war darum nur eine Konsequenz der neuen Konstellation, wenn er seinen Platz einem andern räumte. Das neue Kabinett wird sich am 10. April mit seinem Programm dem Landtage vorstellen. Außer Kud werden Lipinski und Mistau auscheiden. Viebmann, N. d. L. bisher Redakteur der Leipziger Volkszeitung, ist für das Ministerium des Innern, Graube, N. d. L. und bisheriger Gewerkschaftsbeamter, ist für das Arbeitsministerium in Aussicht genommen. Die Besetzung des Justizministeriums steht noch nicht fest.

Dies der Ausklang einer Regierungskrise, die mit der Annahme des von den Kommunisten eingebrachten Mistransendvotums gegen Lipinski heraufbeschworen wurde. Die Bürgerlichen, die davon ein sozialdemokratisch-bürgerliches Koalitionskabinett erhofft hatten, sehen sich schmerzlich enttäuscht, und nun ihnen die Felle davon geschwommen sind, behauptet ihre Presse schimpfenden Tones, die Sozialdemokraten hätten sich einem kommunistischen Diktat unterworfen. Das ist Unsinn. Die von uns veröffentlichten Richtlinien enthalten nichts, worüber wir uns mit den Kommunisten nicht auch schon vor dem Regierungsurzuge hätten verständigen können. Wenn es sich bei der Verständigung um ein Entgegenkommen handelt, so auf beiden Seiten, denn die Kommunisten mußten das Kernstück ihrer Forderungen — Einberufung eines Betriebsrätekongresses, der über die Richtlinien eines Regierungsprogramms mitentscheiden sollte — fallen lassen. Sie treten deshalb auch nicht ins Kabinett ein, erachten jedoch die gemeinsamen Vereinbarungen als tragfähige Grundlage zur Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung.

Damit ist eine Lösung erreicht worden, die tief in der V. S. P. D. nach dem kommunistischen Parteitag kaum noch für möglich hielten. Auch uns dünkte der Versuch der Siebenerkommission für wenig aussichtsreich, und wir erachteten es darum für notwendig, daß in den um diesen Punkt kreisenden Debatten und Entschickungen Klarheit darüber geschaffen würde, was werden sollte, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten ohne Ergebnis blieben. Der Erfolg der Siebenerkommission hat die Partei ersichtlicherweise aller weiteren Auseinandersetzungen entoben. Wie auf dem sozialdemokratischen Landesparteitag der ehrliche Wille, mit den Kommunisten zusammenzugehen, weshalb sichtbar behandelt wurde, so hat offenbar auch die R. P. D. in letzter Stunde eingesehen, daß sie nicht einmal vor ihren Mitgliedern hätte bestehen können, wenn sie aneofsichts dieser Sachlage, angesichts der zunehmenden Reaktionserscheinungen und faschistischen Anstregungen die Regierungsmacht eines Einzelstaates in bürgerliche Hände hätte spielen lassen. Nach den Stimmungsbildern, die wir aus Versammlungen kommunistischer Mitgliederschaften erhielten, verlangten auch dort die Stimmen aus den Betrieben nach einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Wenn man aus diesen und andern Zeichen tieferer Schlüsse ziehen darf, dann wären es folgende:

Auch an den verschiedenen Gruppen der Moskauer Internationale geht die Entwicklung nicht spurlos vorüber. Der Puttschismus hat in ihren Reihen praktisch abgetirtschafft; an seine Stelle muß im Laufe der Zeit eine realpolitischere Einstellung treten. Die Kommunisten müssen dieselbe Entwicklung durchmachen, die unter andern politischen und historischen Umständen auch die Sozialdemokratie einmal durchlaufen hat: von der Agitationspartei zu sozialistischen praktisch-politischen Wirken und unmittelbarer Bestätigung aller Gebiete des Lebens. Dazu kommt die

internationale faschistische Gefahr, die in Ländern mit so hochentwickelter Arbeiterbewegung wie in Deutschland, gebieterisch zur Einheitsfront mahnt. In den Betrieben und Gewerkschaften stehen die sozialistischen und die kommunistischen Arbeitsbrüder Schulter an Schulter und fragen sich, warum das ihre Führer nicht auch können. Das mag manchmal zu einfach gedacht, mag oft ohne genügende Berücksichtigung tatsächlicher und grundsätzlicher Gegensätze empfinden sein, aber als Symptom wachsenden Solidaritätsgedähs und Gemeinschaftswillens der deutschen Arbeiterchaft ist es erfreulich.

Innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie zeigten sich auf dem letzten Landesparteitag verschiedene Ansichten darüber, ob alle diese Tendenzen bei den Kommunisten so weit erstarkt seien, daß für uns eine dauernde, nicht immer wieder von Krisen erschütterte parlamentarische Zusammenarbeit mit ihnen schon heute möglich sei. Ob die Optimisten oder die Skeptiker in unfern Reihen recht behalten werden, dürfte die nächste Zeit baldigt erweisen. Aber die Tatsache darf nicht aus dem Auge gelassen werden, daß im Lager der deutschen R. P. D. eine radikale, utopistische und eine gemäßigtere, realpolitische Strömung nebeneinander herlaufen. Außerdem haben Ideen und Worte glücklicherweise ihre eigene Logik und ihr eigenes Leben. Wie auf dem letzten Kongress der Moskauer Internationale zugestanden wurde, hat die R. P. D. die Parole von der Einheitsfront und der Arbeiterregierung ausgegeben, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen und unsere Parteitätigkeit zu verwirren. Die sozialdemokratische Anhängerschaft dagegen verfolgte während der verfloffenen sächsischen Regierungskrise mit zöher Ehrlichkeit das Ziel, alle Mittel und Wege einer Verständigung zu erschöpfen, um der gesamten Arbeiterchaft zu beweisen, wer von Einheitsfront und Arbeiterregierung redet und wer sie will. Dabei hat sich erfreulicherweise gezeigt, daß diese Parolen in der kommunistischen Arbeiterchaft ebenfalls ihre eigene Logik entwickelten und verschiedene Auswirkungen erfuhren, die die R. P. D. zu allerhand parlamentarischen Konsequenzen nötigten.

Wir Sozialdemokraten, die wir wissen, daß die Entwicklung zum Zusammengehen aller antikapitalistischen Kräfte drängt, wünschen aus vollem Herzen, daß die nunmehr für uns und für die Kommunisten gültigen Vereinbarungen eine neue Etappe der sächsischen und darüber hinaus der deutschen Arbeiterbewegung einleiten mögen. Die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte ist eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie und

wir werden alles begünstigen, was mit unsern sozialdemokratischen Grundfähen vereinbar erscheint, um die sozialistischen Anhänger aller Richtungen in eine Front zu bringen. Die Zukunft wird zu beweisen haben, wie weit die Kommunisten von dem gleichen ehrlichen Willen besetzt sind.

Beschlüsse der interalliierten Sozialistentonferenz

Paris, 21. März. Wie bereits gemeldet, hat sich die sozialistische Konferenz der alliierten Länder bis zum 20. März vertagt, um inzwischen der Delegation, die sich nach Berlin begeben, Gelegenheit zu geben, mit der deutschen Sozialdemokratischen Partei zu verhandeln. Die Entschickung, die nach Beendigung der Beratung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Eine Lösung des Reparationsproblems und des Problems der internationalen Sicherheit ist unerlässlich für den friedlichen Wiederaufbau Europas. Diese Lösung darf keinen politischen Hintergedanken verbergen, der sich speziell auf eine territoriale Annexion oder auf die künstliche Schaffung von Pufferstaaten ausbeht.

2. Die augenblicklich betriebene Ruhrpolitik kann keine Lösung dieser Probleme bringen, und wenn sie bis zu ihrer verhängnisvollen Krise weiterverfolgt wird, wird sie die wirtschaftlichen und politischen Gefahren vergrößern, die augenblicklich auf den europäischen Nationen lasten.

3. Die Eigenliebe aller Regierungen bildet im Augenblick das Hindernis für Verhandlungen. Aus diesem Grund ernannt diese Konferenz eine viergliedrige Delegation, die mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verhandeln soll über a) eine den augenblicklichen Notwendigkeiten angepasste Fassung des Frankfurter Reparationsplanes und b) die Bedingungen, unter denen die internationale Sicherheit erlangt werden kann.

Die Delegation nach Berlin besteht aus einem Engländer, einem Franzosen, einem Italiener und einem Belgier. Die Konferenz wird am 29. März entweder in Paris oder in Brüssel einen Bericht der ernannten Kommission einqanznehmen.

Berlin, 22. März. Paul Vorwärts wird die von der Pariser Interalliierten Sozialistentonferenz zu Verhandlungen mit der Parteileitung der R. S. P. D. bestimmte Delegation im Laufe des Freitag in Berlin eintreffen. Am Sonnabend wird eine erste Besprechung mit den Vertretern des Parteivorstandes stattfinden.

Paris, 21. März. Die englischen Arbeiterdelegationen Edmanson, Burton, Thomson und Shaw werden sich in das Ruhrgebiet begeben. Ramsay MacDonald und Henderson reifen nach London zurück.

Die Ausweisungen in Böhmen

Berlin, 20. März. Wie fasthämlich zu der Angelegenheit der Ausweisung Reichsdeutscher aus der Tschecho-Slowakei mitgeteilt wird, hat Außenminister Dr. Baumbach dem deutschen Gesandten in Prag zugesichert, daß die verfügbaren Ausweisungen vorläufig aufgehoben würden, wenn die Ausweisung tschecho-slowakischer Staatsangehöriger aus Berlin unterbleibe.

Die 22 Serenissimi

In seinem Buche Der Erbtreue rechnet Reismann-Gronz, der langjährige Herausgeber der schwerindustriellen Rheinisch-Westfälischen Zeitung, mit den jämmerlichen deutschen Konzentrationen ab. Dabei kommt Ludwig der Bayer, den er in Ludwig den Fäulter umtauscht, besonders schlecht weg. Diese Abhandlung gibt aber auch ein lehrreiches Bild von der „Reichstreue“ der gekrönten Päpster. Die Ausführungen sprechen im übrigen genug für sich:

„Wenn wir 1914 durchgestoßen hätten, so würde das preussische Kaiserium noch mit Berlin, wenn auch unsicher, aus der Sache gegangen sein, jezt aber meldeten sich Ansprüche, die bedrohlich, Bedrohlichkeiten, denen der Mund gestopft werden mußte; der größte Notfall verlangt immer am meisten. Mit unbegreiflicher Kurzsichtigkeit oder Unwahrscheinlichkeit verlor man den Standpunkt, Brechen habe sich unzählig erwiesen, Elsäz-Lotharingen anguschließen, als wenn Elsäz-Lotharingen jemals mit Preußen verschmolzen gewesen wäre. Man machte geltend, daß besonders das Elsäz überwiegend katholisch sei und Bayern meldete immer dringlicher seine Ansprüche auf Elsäz-Lotharingen an. König Ludwig der im Altsächsischen Verband als Ludwig der Deutsche angeschildert wurde, aber höchstens Ludwig der Bayer, besser aber Ludwig der Fäulter genannt werden sollte, hat seit seiner Moskauer Rede immer gegen die Zentralregierung gearbeitet; er ist mir immer als das Musterbeispiel der drei schlechten Eigenschaften der sonst hochbegabten und liebenswerten Süddeutschen erschienen: der Speichbürglichkeit, der Rergelsucht und des Reides auf die Norddeutschen — aber so beschränkt diese äußerlich und innerlich lächerliche Königsfigur auch war, eine hat Ludwig immer zöh verfolgt: die Ausdehnung seiner Hausmacht.“

Nach den mir gewordenen Mitteilungen verlangte Ludwig zuerst Elsäz, dann auch Straßburg, das erst Reichsfestung bleiben sollte, und Prinz Rupprecht erklärte dem sonderbarben Kaiser: Wir werden den Staden nicht essen ohne die Korinthen; schließlich begehrte man auch den süblischen Teil von Lothringen. Schon Weismann-Gollweg war so weit, daß er nachgab, er hat noch mündlich versucht, Bayern umzustimmen; gegenüber dem unterirdischen Grollen, das die Wittelsbacher herbeiführten, gab er nach; damit war wiederum ein Schritt zur Auflösung des Reiches getan. Wenn man bedenkt, daß gerade König Ludwig seit letzter Nordhaben, die alte rechtschänische Vitalis, für sich verlangt hätte und damit die Bundesbrücke von der Pfalz nach Wien, so hätte durch die Vereinigung Bayern ohne weiteres dem Reichserben

von Süddeutschland geworden sein. Über damit war es Ludwig dem Fäulter noch nicht genug. Ich weiß von zwei beteiligten Personen, daß Archivar angestellt wurden, um in den Mündmen Archiven aus den alten Erbverträgen und Verpandungen Rechte der Wittelsbacher herauszufuchen auf österrreichische Gebiete; man rechnete also schon im Jahre 1917 mit dem Wiedbruch der Habsburger, und für den Fall hatte man gleich eine neue katholische Dynastie an der Hand.

Die Zeitschrift Mitteleuropa hat später (Dezember 1918) behauptet, daß Ludwig einen süddeutschen Rheinbund plante — wie weit er geplant war, kann man nicht feststellen, aber zweifellos würde das Königtum Bayern bei einem Sieg der Entente sofort umgefallen sein und sich von Preußen losreißen haben. Auch nordwestlich ging der hauerische Niesenzug; ich selbst und viele andre sind von den katolischen Wallfahrten beauftragt, daß das katholische Belgien im Siegesfalle nur an Mitteldeutsch fallen dürfe, nicht an Odenzöllern; der Gegenstand zwischen Prinz Rupprecht und seinem belgischen Schwager ist bekannt. Dabei drohte schon Mai 1918 (Safflerich 167 II) der böheemische Ministerpräsident erregt mit Revolution, als das Reich seine Steuerhoheit ausdehnen wollte.“

Ebenso treffend charakterisiert der Verfasser die „Volkspartei“, nämlich die Deutsche nationale und die Deutsche Volkspartei:

Die Volksparteien wimmeln von Eszellanen, Professoren, Industriellen, Dokoren, kurz Honoratioren, die Klaffen haben sie nicht; ihre Anhänger bestehen aus geschädigten Besitzenden, kirchlich Evangelischen, Hohenzollerngekreuzen, gekrönten Offizieren, gedrückten Beamten, katolischen Sozialisten und evangelischen Partikularen usw. Leuten, die auseinanderfallen und sich bekämpfen beim Siege, heillos aber bestehen sie nicht aus einem geschlossenen Heerhaufen national glühender Menschen. Die Volksparteien wollen die Monarchie — man kann aber nicht nur den Kopf des Kometen wollen, sondern muß dann auch sich von dessen Schweif fegen lassen; will man denn alle die 22 Serenissimi wieder hören, den frankisch langwierigen Ludwig, den Verschwörer von Baden, den trankelsten Sassen mit der bestrittenen Nachkommenschaft, den Delmolder mit seinem Landesdirektor und dessen 1000 Hoffierevanen! Oder glaubt man, die andern Royalisten zu demogen, auf ihre Knechtchen zu verzichten — und wo ist der Starke, Kluge, mittelgehende Kronprinzenkandidat! Ja bin sicher, diese Fürstenepoche ist am Ende — sie war die letzte Erscheinungsvorm der Kaiseranordnung.